



Jörg Schönbohm

2. September 1937. General,
CDU-Politiker.

Geboren in Bad Saarow, Abitur in Kassel.
1957 Eintritt in die Bundeswehr, 1959
Leutnant, Generalstabsausbildung ab
1968. Nach unterschiedlichen
Verwendungen in der Armee und im
Ministerium, 1982 Adjudant von
Bundesverteidigungsminister Wörner.
1990/91 als Befehlshaber des Bundes-
wehrkommandos Ost in Strausberg
u. a. zuständig für die Überführung
ehemaliger NVA-Truppenteile in
die Bundeswehr. 1991/92 General-
inspekteur des Heeres. 1992–1996
Staatssekretär im Verteidigungs-
ministerium. 1994 Mitglied der CDU.
1996–1998 Berliner Innensenator.
Seit 1999 Vorsitzender der CDU
Brandenburg und Innenminister
dieses Bundeslandes.

Jörg Schönbohm

Senator für Inneres, Berlin

„Die wiedervereinigte Deutsche Nation im sich
vereinigenden Europa“

1. Die Chance des 3. Oktober

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich über die Einladung, hier heute bei Ihnen im Übersee-Club, im Herzen der Freien und Hansestadt Hamburg, sprechen zu können. Es ist für mich eine Ehre, hier zu sein, erinnere ich mich doch daran, wie ich als Lehrgangsteilnehmer an der Führungsakademie vor 30 Jahren hier zum ersten Mal war. Damals hatte ich nicht geglaubt, hier einmal zu Ihnen sprechen zu können – herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren,

es gibt viele geschichtsprägende und einschneidende Daten im Kalender der Deutschen, die, je für sich, große Hoffnungen für die Zukunft freigesetzt hatten. Nehmen wir nur die letzten zweihundert Jahre:

- das glückliche Ende der Befreiungskriege 1813,
- 1848 als erstes Signal der deutschen Demokraten und Liberalen,
- die Reichsgründung 1871,
- der Sieg der liberalen Demokratie über die Monarchie und über die rätere-publikanischen kommunistischen Bestrebungen 1919,
- der 20. Juli 1944 als Aufstand des deutschen Gewissens gegen die Diktatur,
- 1949, hundert Jahre nach der Paulskirche, die Gründung der Bonner Republik als Teil der westlichen Wertegemeinschaft und schließlich
- am 3. Oktober die deutsche Einheit in Freiheit 1990 und
- am 20. Juni 1991 die Umzugsentscheidung des Deutschen Bundestages in die Hauptstadt Berlin, mit der die innere Glaubwürdigkeit und Stärke der zweiten deutschen Demokratie bekräftigt worden ist.

Der 3. Oktober 1990 ist einer der glücklichsten Tage in der deutschen Geschichte.

Es ist ein Tag des Sieges der Demokratie über den ersten und hoffentlich letzten kommunistischen Staat auf deutschem Boden. Die Wiedervereinigung ist der Schlussstein eines Werte- und Staatsgebäudes, an dem die Politik in Deutschland seit 1949 mit viel Energie gearbeitet hat.

Im Grunde aber erfüllt sich in der Einheit von 1990 auch der Traum von 1848: Einheit in Demokratie, Recht und Freiheit.

Die genannten Geschichtsdaten sind die Marksteine, die eine positive Kontinuität deutscher Geschichte belegen. Unsere Nationalgeschichte läßt sich eben nicht nur auf die verbrecherischen Jahre zwischen 1933 und 1945 reduzieren. Auch nicht mit dem Hinweis auf eine angeblich historische Entwicklungszwangsläufigkeit zum Dritten Reich der Nationalsozialisten.

So ging der am 3. Oktober 1990 gewonnenen Einheit in Freiheit eine lange nationale Entwicklung voraus, deren Ziel nicht immer erkennbar war, die aber schließlich zur glückhaften Einheit führte. Große Erfolge, aber auch empfindliche Rückschläge gehörten zu dieser Entwicklung. Oft schienen Einheit und Recht, Freiheit und Demokratie schon erreicht, ja gesichert, und doch gingen sie wieder verloren.

So war es 1849 bei dem Ende des Parlaments der Paulskirche und auch 1933 bei dem Ende des demokratischen Reichstages, so war es auch, als die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg dachten, der Totalitarismus sei endgültig überwunden. Vierzig Jahre rote Diktatur haben den Weg zur Freiheit und Einheit erneut verzögert und hinterlassen noch heute ihre tiefen Spuren im Einigungsprozess.

Freiheit und Verantwortung des einzelnen in der Gemeinschaft sind entscheidende Grundbedingungen für das Vollenden der inneren Einheit.

Zunächst ist es die individuelle Freiheit, sein Schicksal selbst in die Hand

nehmen zu können und zu wollen, ungeachtet der jeweiligen Religion oder Weltanschauung.

Es ist aber auch jene Freiheit, die uns Deutschen als Volk unter einer einheitlichen Verfassung seit 1990 wieder zusteht, die volle Souveränität. Es ist die Freiheit, mit der das deutsche Volk, nach vielen Irrungen der eigenen Geschichte dieses Jahrhunderts, nunmehr seinen Platz in der Völkergemeinschaft Europas und der Welt selbst bestimmt.

Beides ist – je für sich – keineswegs einfach:

Nach den vielen Rissen in den Biographien der Deutschen und den verheerenden Umbrüchen in unserer Nationalgeschichte kostet es große Kraft, von der nun zur Verfügung stehenden Freiheit den richtigen politischen Gebrauch zu machen.

Dennoch: Heute, im neunten Jahr nach der friedlichen Revolution in Deutschland, haben wir allen Grund, zuversichtlich und gelassen in die Zukunft zu gehen.

Gelassenheit meint nicht Ignoranz oder Kritiklosigkeit. Es meint das nationale Selbstbewusstsein und die ungeheure Chance zu erkennen, die die Einheit unseres Vaterlandes für alle bereithält.

2. Geschichte und Orientierung

Diese Chancen der Zukunft müssen wir in Kenntnis unserer Geschichte ergreifen.

Geschichtliche Orientierungen verbinden die vielfältigen Lebensgeschichten der Einzelnen mit der Entwicklung ihrer Nation. In diesem Zusammenhang liegt auch die Bedeutung des Geschichtsbewusstseins für die politische Legitimität der Gegenwart. Was meine ich damit? Wir müssen unsere nationale Vergangenheit als wirkliche Herkunft begreifen, sie als gelebte Tradition bewahren und sie auf diese Weise für die Zukunft bereithalten.

In diesem Sinne kann aus geprüftem Herkunftswissen Gegenwartsidentität, das heißt kritisches und selbstbewusstes Selbstverständnis, wachsen.

Diese Identität meint nicht, sich beliebig auf alles und jedes in der Geschichte unserer Nation gleichermaßen beziehen zu müssen. Es ist notwendig, vor dem Hintergrund der Höhen und Tiefen unserer Nationalgeschichte diejenigen Bereiche herauszufiltern, auf die sich maßgeblich unser modernes, demokratisches und freiheitliches Gemeinwesen stützen und berufen will und sollte, ohne Vergangenheit zu leugnen.

Die Zukunft unseres Volkes und Staates bekommt damit ein sicheres Fundament, das sich auf die in unserem demokratisch orientierten Sinne erfolgreich zurückgelegten Marksteine der Geschichte stützen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, politische Gemeinwesen sind in ihrer Substanz erst wirklich erfassbar, wenn man auch ihre Geschichte berücksichtigt.

Die bloße Verengung des Blickes auf Gegenwärtiges ist flüchtig und oberflächlich.

Was für den Einzelnen gilt, findet sich auch in der Nation wieder: Die Frage, wer jemand sei, lässt sich auch durch den Rückgriff auf seine bisherige Entwicklung beantworten. Der einzelne Mensch kann seine Biographie durch das Austausch der Vergangenheit nicht ändern.

So ist es auch bei der Nation. Wir können unsere nationale Entwicklung im Nachhinein nicht wegschieben. Aber eines kann sowohl der Einzelne als auch die Nation als Kommunikationsgemeinschaft: die Vergangenheit kritisch beleuchten, durch Deutung und Betonung bestimmter Abschnitte das Orientierungswissen für die Zukunft heranziehen und damit aus Erfahrungen lernen.

Nationales Bewusstsein ist vor diesem Hintergrund der Dreiklang von:

- kritischer Deutung der gemeinsamen Vergangenheit,
- Verständnis der Gegenwart und
- gemeinsamer Zukunftsorientierung.

Wer in der Lage ist, Deutschlands Geschichte mit kritischem Blick zu sehen,

wird sich nicht durch die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus den Blick verengen lassen – es gibt in unserer Vergangenheit viele positive Leistungen und Erfahrungen, die für unsere künftige Entwicklung überaus bedeutsam sind. Deutsche Politik lässt sich nicht nur als Antithese zum Dritten Reich formulieren, will man eine dauerhafte und tragfähige demokratische Werteordnung zur Grundlage deutscher Politik machen.

So existentiell bedeutsam und genuin die deutsche Schuld für die Entstehung unseres jetzigen Gemeinwesens war, so klar ist auch, dass dies allein nicht ausreicht, um das deutsche Volk für alle Zeit vor der Versuchung der Diktatur zu bewahren. Erst die Hinwendung zu den positiven geschichtlichen Abschnitten der deutschen Geschichte verankert in unserem Bewusstsein Freiheit und Bürgerrechte als Ausdruck einer guten eigenen Tradition.

Die Lehren aus den schlimmen Kapiteln der Vergangenheit dürfen nicht zum Aufbau neuer Tabus führen. Politische Korrektheit darf nicht in moralisch gespeisten Denkverboten enden.

Deutschland hat von den europäischen Nationen in der zeitlichen Spanne des 20. Jahrhunderts die meisten, tiefsten und nachhaltigsten politischen Brüche vollzogen.

Von daher gesehen ist der jeweilige Erfahrungshorizont der einzelnen Generationen für den Bestand des Nationalbewusstseins von Bedeutung.

Im westlichen Deutschland ist nach dem Ende des Krieges ein atemberaubender ökonomischer Aufschwung entstanden. Es hat wohl nirgends in Europa eine tiefer greifende Veränderung der politischen, moralischen, religiösen und kulturellen Einstellungen gegeben als in Westdeutschland.

Die 40-jährige Geschichte der DDR brachte demgegenüber völlig andere Erfahrungshorizonte hervor.

So konnte zum Beispiel durch die staatlich ausgeübte Repression die Beteiligung der DDR an der Niederwerfung des Prager Frühlings 1968 nicht offen diskutiert werden.

Gerade die Geschichte des Prager Frühlings und die Vision eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ hat die Deutschen in der DDR viel stärker und anders beschäftigt als im Westen. Schließlich blieb die Erfahrung der Beteiligung deutscher Soldaten an einer militärischen Aktion gegen die Freiheit nach dem Zweiten Weltkrieg, weniger als ein Vierteljahrhundert nach der totalen Niederlage einer deutschen Diktatur, in der DDR weitgehend unverarbeitet.

Neben der Bewertung der Ereignisse um 1968 ist wohl die unterschiedliche Interpretation des Nationalsozialismus der größte Unterschied im geschichtlichen Bewusstsein der beiden Teile Deutschlands.

Die in der DDR groß gewordenen Landsleute haben naturgemäß andere Erfahrungen und Wertvorstellungen als im Westen: Ihnen scheinen Gleichheit und soziale Sicherheit mehr zu bedeuten als Gestaltungsfreiheit in individueller Verantwortung. Die letztgenannten Wertbezüge aber verweisen auf die wirklichen Chancen der offenen Gesellschaft. Mit anderen Worten: Der Artist bringt die Leistung auf dem Trapez, das Netz dient nur der Sicherheit. Im geographischen Westen Deutschlands setzte schon bald nach 1945 eine politische „Verwestlichung“ ein. Es erfolgte eine nachhaltige Hinwendung der Bundesbürger zur liberalen Demokratie und zur Sozialen Marktwirtschaft.

Damit waren demokratiethoretische und ökonomische ebenso wie außenpolitische Sonderwege Deutschlands auf absehbare Zeit jeder Chance beraubt.

In der DDR festigte sich – in vollkommen anderer Weise als vor 1945 – ein totalitäres staatliches System und eine autoritäre und zentral gesteuerte Staats- und Planungswirtschaft, die den Markt noch viel weitgehender unterdrückte als das nationalsozialistische Wirtschaftssystem.

Diese deutsche Bewusstseinspaltung wird verstärkt durch die unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem innewohnenden besonderen Kräfte des Individualismus, die wegen der traumatischen Erfahrungen dieses Jahrhunderts kaum Begrenzung und Korrektur erfahren. Der Volksgemeinschaftswahn der Nationalsozialisten hat für lange Zeit nach dem Krieg die positive

Hinwendung zur Gemeinschaft verhindert.

Gemeinwohlbezogene und nichtmaterielle Werte verloren und verlieren an Prägekraft. Damit einhergehend ist auch die die Gegenwart gestaltende Kraft des nationalen Kulturerbes und das Bewusstsein einer gemeinsamen Kultur- nation schwächer geworden.

Vor diesem Hintergrund ist es von noch größerer Bedeutung, daß wir uns die erwähnten Marksteine deutscher Geschichte genauer ansehen, die wir heute unter den Bedingungen der Demokratie, des Rechtsstaats und einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung als geschichtliche Fundamente benötigen.

3. Die Einheit der Kulturnation – oder: die Kultur der Einheit

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Deutschland noch nicht vereinigt war, galt uns die Tatsache der deutschen Kulturnation und seiner kulturellen Metropole Berlin als eine Chance, im zweigeteilten Deutschland eine gemeinsame Identität zu bewahren – politisch geteilt, kulturell aber noch eine Nation, so lautete die "Glaubensformel".

Mit dieser Dialektik von Staat und Kulturnation konnte man die real existierende Teilung politisch mit dem Ziel der Wiederherstellung der deutschen Einheit operationalisieren, ohne sich permanent dem Vorwurf auszusetzen, man wolle die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Spaltung Deutschlands und Europas gewaltsam ändern.

Die KSZE-Schlussakte von Helsinki hat sich auch insofern sehr positiv ausgewirkt, als sie zwar die damaligen Grenzen in Europa respektierte, ebenso aber die Option auf eine Weiterentwicklung offen hielt.

So war – wie schon von 1806 bis 1871 – die deutsche Kulturnation die gemeinsame Bezugsgröße und Grundlage für eine sich daran orientierende und auf sie beziehende Vision einer Nationalstaatsbildung.

Der Historiker Friedrich Meinecke hatte zum Beginn dieses Jahrhunderts in seinem Buch „Weltbürgertum und Nationalstaat“ die Unterscheidung zwischen Staatsnationen und Kulturnationen herausgearbeitet. Meinecke hatte festgestellt, dass auf dem europäischen Kontinent die Franzosen den Idealtypus der Staatsnation darstellten, während Deutschland in der staatlichen Zersplitterung des 19. Jahrhunderts den Zusammenhalt hauptsächlich in der originären nationalen Kultur fand.

Es ist wichtig, sich klarzumachen, dass auch jene Nationen in Europa, die schon lange vor Deutschland zu einem einheitlichen Staat mit einem allgemein verbindlichen Rechtssystem gelangt sind, ihre Legitimität in ihrer jeweiligen Kultur finden. Zweifellos war auch Frankreich eine grande nation de la culture.

Staaten sind letztlich Organisationszustände großer Kulturräume. Es sind Erfahrungsräume, die insbesondere durch ihre starke Verdichtung Identität stiften. Das stärkste Symbol dieser Verdichtung ist die jeweilige Sprache. Sie ist Sinnträger der kulturellen Entwicklung, der regionalen Verbundenheiten und besonders des Herkunftsbewusstseins. Eines müssen wir uns indes in Bezug auf die anderen europäischen Nationen klarmachen: Trotz des überwiegend hohen Ranges, den die Sprache innerhalb der Kulturen einnimmt, ist die sprachliche Orientierung nicht das einzige Medium der Nationen.

Den Polen galt die Religion, der Katholizismus, als kulturelle Bezugsgröße und sinnstiftendes Element auch in Bezug auf die nationale Identität, in der Zeit, als das Land zwischen Österreich, Russland und Preußen aufgeteilt war – und später galt dies wiederum.

So tritt als Mittel der Nationbildung eines hinzu, die voluntas, der Wille. Es ist der politische Wille, Nation sein zu wollen, das Bewusstsein der politischen Gemeinschaft. Dies wurde bei der Wiedervereinigung deutlich.

Es hätte für die Bewohner der DDR theoretisch auch andere Lösungen gegeben als die staatliche Einheit. Sie skandierten aber auf den Straßen in Ostdeutschland zu Hunderttausenden „Wir sind ein Volk“, während man sich in Westdeutschland überrascht die Augen rieb. Die staatliche Einheit der wiedervereinigten Nation war von den Deutschen in der DDR gewollt. Und folgerichtig konnte sie von der Mehrheit unseres Volkes gemäß unserem Verfassungsauftrag eingelöst werden. Jetzt wird sie im Innern gemeinsam vollzogen. Geschichte und Kultur tragen zu unserer gemeinsamen Identität bei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus dem Gesagten leite ich ab, dass Nationen die Merkmale selbst bestimmen, die zu ihrer Bildung und Festigung beitragen.

Genau dies ist für die Frage nach der deutschen Kulturnation von einer vielleicht größeren Bedeutung, als uns bisher klar war: Wir müssen heute, gerade in diesen ersten Jahren nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, über den Stand und die Orientierung unserer Kultur Rechenschaft ablegen.

Die gegenüber den anderen europäischen Staaten viel später erfolgte Gründung einer Staatsnation in Deutschland führte in der Zeit nach der Französischen Revolution zu einer politisch besonderen Betonung der kulturellen Identität der Deutschen, die sich gegen den westlich rationalen und von der Aufklärung stärker geprägten Nationalbegriff abzugrenzen suchte.

Das deutsche politische Denken beobachtete argwöhnisch im Westen, insbesondere in Frankreich, die Ausprägung eines neuen aufklärerischen Bewußtseins, der „Zivilisation“, während man für Deutschland den „guten“ Begriff der „Kultur“ verwendete.

Die so gedanklich vollzogene Spaltung zwischen „westlicher Zivilisation“ und „deutscher Kultur“ ist im deutschen politischen Denken bis in die Nachkriegszeit bedeutsam geblieben. Erst die Orientierung der bundesdeutschen Demokratie seit 1949 hin auf ein vereintes Europa hat zu einem grundlegend neuen Verständnis des notwendigen Zusammenhangs zwischen deutscher Kultur und europäischer Zivilisation geführt.

Man kann in diesem Zusammenhang wirklich von einer evolutionären Neuorientierung der deutschen Politik sprechen, die sich vom klassischen Nationalstaatsmodell des 19. Jahrhunderts, das stets eine Tendenz zur Autarkie hatte, verabschiedete.

So steht die deutsche Kulturnation seitdem im neuen, im modernen Europa gleichberechtigt neben den anderen Vaterländern.

Die unsägliche Tradition einer künstlichen Entgegensetzung von „westlicher Zivilisation“ und „deutscher Kultur“ ist in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg verblasst. Besonders deutlich wird dies an der Veränderung des deutsch-französischen Verhältnisses, welches sich von feindschaftlicher Rivalität hin zu einer Stabilitätsachse für die Vereinigung Europas entwickelt hat.

Diese Tradition erlebte allerdings noch einmal in der Wendezeit 1989/90 eine kurze Renaissance, in der es darum ging, die künftige außenpolitische, wirtschaftliche und staatsrechtliche Einbindung Deutschlands zu bestimmen und für die Zukunft festzulegen. Damals tauchten wieder Sonderwegsvorstellungen auf, insbesondere bei den Grünen, anderen eher links orientierten Parteien sowie auf der politischen Rechten.

Man sah Deutschland als ein Land zwischen Ost und West, ein Land des Übergangs, das sich sowohl aus den Angelegenheiten der westlichen Supermacht USA als auch aus jenen der damals noch bestehenden Sowjetunion nach Möglichkeit heraushalten sollte.

Als Deutschland 1990 wiedervereinigt wurde, war noch völlig offen, welche geistige und politische Entwicklung damit in Deutschland hervorgerufen werden würde. Die friedliche Revolution in der DDR wurde von den vielen Menschen auf den Plätzen in Leipzig, Berlin, Chemnitz und anderswo ebenso wie von den Protestierenden in den Botschaften in Prag, Budapest und Warschau hervorgebracht. Darunter waren viele Christen, viele Pastoren, die sich aus ihrer Grundhaltung gegen den SED-Staat auflehnten.

Aus diesem christlich motivierten Widerstand gegen den „vormundschaftlichen Staat“ ist allerdings keine Renaissance eines christlich-ethischen Bewusstseins entstanden.

Der Anteil der Christen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR beträgt auch heute nur ca. 20 Prozent. Dies ist in katholischen Ländern unter kommunistischer Herrschaft ganz anders – diese sind katholisch geblieben.

Die DDR war von ihrem Wesen her ein ebenso materialistischer wie atheistischer Staat.

Nach dem Zusammenbruch dieser den Staat auf allen Ebenen des mensch-

lichen Daseins tragenden Ideologie gab es keine wirkliche Wiederanknüpfung an die protestantisch-christliche Mehrheitstradition.

Hierzu stellt ein Theologe in der nüchternen Sprache der Wissenschaft fest: „Die verfestigte Konfessionslosigkeit in Ostdeutschland ist dagegen weithin ein Produkt eines sich am Kollektiv und seinen Traditionen orientierenden Bewußtseins mit dem daraus folgenden Mangel an individueller Entscheidungsfreudigkeit. Konfessionslosigkeit als Entstrukturierungsfaktor wirkt sich inzwischen auch schon im öffentlichen Leben aus.“ (Erhart Neubert, 1996)

Im Grunde war in weiten Teilen der damaligen DDR kein Sinn-Vakuum entstanden, vielmehr hat eine Sinn-Transformation stattgefunden. Der kommunistische Kollektivismus hat sich schrittweise an die Stelle christlich-protestantischer Verantwortungsethik gesetzt.

Die evangelische Kirche ist sich selbst in Teilen ihrer eigenen Tradition untreu geworden und hat sich mit der Hilfskonstruktion einer „Kirche im Sozialismus“ so mancher Wurzeln und damit eines großen Stückes der eigenen Zukunft beraubt.

Während in den kommunistischen Ländern katholischer Tradition, wie Polen oder Ungarn, die Kirche ein bestimmendes Element und die Zahl der bekennenden Christen hoch blieb, hat diese Zahl zwischen Eibe und Oder in ehemals protestantischen Kerngebieten stark abgenommen. Hier sollte sich meine evangelische Kirche einmal selbstkritisch nach den Gründen fragen.

Der Wiederanschluss an die christliche Verantwortungsethik wird, wie die Grundwertediskussion insgesamt, die entscheidende Frage der inneren Einheit. Solange wie wertbestimmte Menschen aber mit diesen Themen nicht glaubwürdig erscheinen, so lange wird die PDS als selbst ernannte Nostalgie- und Identifikationspartei versuchen, sinnstiftende Aufgaben der Geborgenheit, Sicherheit und Kontinuität zu übernehmen, und damit die fatalen Folgen der Entmündigung im politischen und sozialen System der ehemaligen DDR verlängern.

Es wäre aus meiner Sicht katastrophal, wenn das damalige Motto „Kommt die D-Mark nicht nach hier, dann gehen wir zu ihr“ heute als Symbol für einen neuen, diesmal auf die D-Mark bezogenen Materialismus stehen würde.

Mit der zunehmenden Stabilisierung des Wohlstandes in Ostdeutschland und dem Wiedererstarken des Selbstbewusstseins unserer Landsleute sollte jedoch eine schrittweise Selbstvergewisserung unserer gemeinsamen nationalen Grundwerte einhergehen.

Wir müssen uns wieder der elementaren Grundlagen und Prinzipien der Verfassung der Deutschen klarwerden, denn darin verkörpern sich sowohl christliche als auch liberale, sowohl soziale als auch demokratische Grundwerte.

Sie fügen sich zu einem wirklichen Edelstein zusammen, der unter dem aufgewirbelten Staub der Aufbauzeit nach der Wende seinen sichtbaren Glanz zu verlieren droht.

Dieser Wertekanon ist jedoch ein schwer erarbeitetes Produkt deutscher Geschichte und europäischer Tradition.

Wir erleben in diesem Jahr das hundertfünfzigste Jubiläum der Revolution von 1848. Dies war eine Revolution, die nicht nur in Deutschland stattfand. Sie gehört daher zum gemeinsamen Kulturerbe und ist ein ganz wesentlicher Bezugspunkt dessen, worauf wir unser staatliches Fundament gründen.

Von Beginn an standen bei den 48ern die Bürger- und Menschenrechte im Mittelpunkt des Handelns. Die 39 Staaten des Deutschen Bundes wurden von der Sehnsucht nach Freiheit erfasst. Im Mittelpunkt standen die Beteiligung des Volkes an der Regierung, das Versammlungsrecht und die Pressefreiheit. Auch in den verschiedenen nationalen Ausprägungen und Prioritäten dieser Revolution zeigt sich die Komplexität des Kontinents.

Der französische Philosoph Edgar Quinet hat in seiner Schrift „Allemagne et la France“ von 1836 festgehalten:

„Eine tiefe Verwandlung beschäftigt gegenwärtig die Deutschen. Diese Revolution ist keineswegs offenkundig und brennend, wie sie sich in Frankreich, England gebärdet; aber man kann sie auch unmöglich leugnen, und sie

wird zu ähnlichen Ergebnissen führen. Deutschlands altes Genie verfällt, ein neuer Geist schlägt wie ein Wilder an die Pforte. Man hat kaum von Aufruhr und Staatsstreichen auf dem Marktplatz zu berichten, jedoch von Aufruhr und Revolution im Reich der Ideen und der Philosophie.“

Die Wege der Völker und damit die Wege ihrer Revolutionen waren unterschiedlich. Das Ergebnis ist heute gleich: Deutschland, Frankreich und die anderen europäischen Staaten der Union stehen gemeinsam auf dem Boden der erkämpften Freiheit, der Demokratie und des Rechtes.

4. Freiheit und Charakter

Die erkämpfte Demokratie ist eine zarte Pflanze – sie lebt vom Disput. Streit im positiven Sinne ist die Voraussetzung für einen Konsens zugunsten des Gemeinwohls. Dies aber ist nur möglich, wenn die Gesellschaft den Diskurs bewusst führt, um dem Ganzen zu dienen. Die so genannte political correctness darf uns nicht daran hindern, die Dinge anzusprechen, die den Bürger bedrücken und stark fordern. Dies setzt ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein voraus, nicht nur bei Politikern, sondern bei den Bürgern dieses Staates, die durch ihr Tun zum Besseren beitragen können.

Dieses Engagement ist ebenso wie die Einstellung der Einzelnen eine ganz wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Berliner Republik.

Glücklicherweise ist die Zeit der großen Ideologien und der ideologischen Kämpfe – zumindest auf dem Kontinent und in der westlichen Welt – nahezu beendet. Verglichen etwa mit den zwanziger Jahren oder der Zeit bis zum Ende des sowjetischen Imperiums in Europa haben sich die ideologischen Gegensätze der großen politischen Richtungen verringert. In Deutschland kämpfen die großen Volksparteien nicht mehr, wie etwa in der Zeit vor dem Godesberger Programm der SPD, um Marxismus, Sozialismus oder Liberalismus, sondern eher um pragmatischere Lösungen gegenwärtiger Probleme auf der Grundlage unterschiedlicher Wertbezüge. Dies ist ein qualitativer Sprung gegenüber der Weimarer Republik, aber auch der frühen Bonner Republik.

Mithin bestimmen nicht mehr die großen Fragen die Politik wie Westbindung, Europäische Integration, die Einheit Deutschlands oder die Frage der NATO-Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands, sondern detailreichere, differenziertere, mit anderen Worten komplexere Fragestellungen.

Dies wiederum erfordert ein noch differenzierteres politisches Bewusstsein bei Bürgern und Politikern, um die nunmehr feineren Unterschiede zwischen den Parteien beurteilen zu können. Eine komplexere Welt und eine komplexere politische Landschaft erfordert, auch differenzierter denkende Bürger, eben selbstbestimmte Persönlichkeiten. Der britische Philosoph John Stewart Mill hat in seinem Buch „Über die Freiheit“ aus dem Jahre 1859 geschrieben:

„Aber das Schlimme ist, daß persönliche Selbstbestimmung von durchschnittlich Denkenden kaum als etwas innerlich Wertvolles, oder etwas, das um seiner selbst Willen Beachtung verdient, anerkannt wird. Die Mehrheit ist mit dem Treiben der Menschen, wie es heute eben ist, einverstanden ... und kann daher nicht verstehen, warum dies nicht für jeden einzelnen gut genug sein sollte.“

Meine Damen und Herren, dies bedeutet doch letzten Endes, daß „die Freiheit ihre Kinder frisst“, wenn sich die mündigen Individuen unseres demokratischen Staates lediglich passiv dem Mehrheitsimpuls fügen, dem Strom der Meinungen unreflektiert folgen.

Was wir heute in unserer komplexeren Gesellschaft bitter nötig haben, das sind Charaktermenschen, sind Charakterpolitiker, Charakterbürger. Solche, die den Mut haben, unbequeme Tatsachen zu benennen und nicht zu ignorieren, und dies auch öffentlich austragen. Der Geist bewegt die Materie und nicht umgekehrt.

Mit anderen Worten: Die Zukunft der Demokratie und der Freiheit in einer komplexer werdenden Welt hängt davon ab, inwieweit wir alle bereit und in der Lage sind, auch dann für unsere Überzeugungen zu kämpfen, wenn die

großen ideologischen Unterschiede nicht mehr so deutlich im Vordergrund stehen wie bis zum Ende des Ost-West-Gegensatzes, sondern eher fachpolitische oder sach- und wertorientierte Fragestellungen.

Diese Entwicklung – so positiv sie auch sein mag – beinhaltet aber die Gefahr zur Herausbildung eines politischen Technokratentums.

Als Gegenreaktion erwarte und befürworte ich eine Renaissance wertbestimmter Orientierungen und politischer Konzepte. Halt und Orientierung kann nur aus normativen Quellen fließen.

Das missverständliche Wort des neuen Bundeskanzlers Schröder im Wahlkampf, die Deutschland GmbH brauche einen neuen Geschäftsführer, entspringt einem rein funktionalistischen Geist. Unser Staat, unsere Republik ist mehr als eine GmbH oder Aktiengesellschaft; sie ist eine Gesellschaft mit voller Haftung, was wir in diesem Jahrhundert zur Genüge erfahren haben; sie verlangt nicht den beschränkten, sondern den vollen Einsatz!

Im Staat verkörpert sich die sittliche Idee der Nation. Oder anders ausgedrückt: ihr Wertekanon.

Daneben fügen sich demokratisches Bewusstsein, politisches Engagement und individuelle Charakterstärke zu einem Bedingungsgefüge unseres Staates.

Richtig verstandene Freiheit verlangt eine Antwort auf die Frage, welche Eigenleistung der Bürger zu erbringen bereit und in der Lage ist, um seine Forderungen an den Staat als die Forderungen eines verantwortlichen Bürgers erscheinen zu lassen.

Wolfgang Schäuble hat sich kürzlich in einer bemerkenswerten Rede zum Bürger in der Demokratie geäußert. Er führt aus: „Bürgertugend, die menschliche Qualität und Fähigkeit, an der Leitung der Staatsgeschäfte innerlich Anteil zu nehmen und sie nicht nur als Untertan – frei von Gestaltungsmöglichkeit und Verantwortung – zu erdulden, ist darum eine der Voraussetzungen von Demokratie, die dem Bürger die Verantwortung für sein Los in die eigenen Hände legt.“

Unsere Verfassung gewährt dem einzelnen Bürger gegenüber dem Staat weitreichende Abwehr und auch Leistungsrechte, die es ihm ermöglichen, in einer sehr individuellen Form zu leben und diese Lebensform auch notfalls gegen den Staat durchzusetzen. Dies wiederum führt zu einem Maß an Freiheit, wie es der deutsche Bürger noch nie zuvor genossen haben dürfte.

Ist uns diese Freiheit jedoch neun Jahre nach dem Fall der Mauer auch noch Anstrengungen wert? Gibt es nicht vielmehr Anzeichen dafür, dass die Freiheit des Einzelnen so sehr als Selbstverständlichkeit betrachtet wird, dass der Wert der Freiheit und das Fehlen von Willkür nicht mehr als Qualität unseres Gemeinwesens anerkannt werden? Die Entwicklung der letzten Jahre legt die Vermutung nahe, dass die Individualrechte in einer Weise in den Vordergrund geraten sind, dass bürgerliche Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwesen geradezu verpönt sind.

Fast mag man auf den ketzerischen und mißbrauchbaren Gedanken kommen, dass die Freiheit des einzelnen die Gefahr in sich birgt, daß unser demokratisches Gemeinwesen von innen Struktur verliert. Joachim Fest hat in seinem bemerkenswerten Buch „Die schwierige Freiheit“ dazu wesentliche Ausführungen gemacht.

Bemüht sich die Politik jedoch einmal darum, als notwendig erkannte Änderungen durchzusetzen, so droht der Ansatz zur Änderung im Kampf der Lobbyisten, dem mangelnden Verstehen der Mehrheit der Wähler und in wechselseitigen Blockaden eines parteipolitisch missbrauchten Föderalismus an Kraft zu verlieren. Mit dem Wegfall des Ost-West-Konfliktes und dem damit verbundenen Bedrohungspotenzial ist das wiedervereinte Deutschland in eine Situation geraten, in der sich der Blick verstärkt nach innen richtet.

Dabei wurde deutlich, dass eine sich ihrer selbst nicht hinreichend sichere Nation mit Problemen konfrontiert worden ist, die mit Mut, Aufbruchstimmung und dem Sinn für das Gemeinsame besser lösbar wären.

Verzagtheit, Kleinmut und Ich-Bezogenheit bestimmen jedoch vielfach die Diskussionen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Beharrungsvermögen mit der sich verschärfenden Strukturkrise immer größer wird. Jede dritte erwirtschaftete Mark fließt bereits in den Sozialhaushalt und wird damit der Innovation und den Zukunftsperspektiven Deutschlands entzogen. Und hier zeigt sich die Gefahr des bequem und unbeweglich gewordenen Menschen. Der Wohlfahrtsstaat hat über Jahrzehnte hin das Bewusstsein der Menschen in einer Weise geprägt, dass allmählich die Fähigkeit zu Selbstverantwortung, die Bereitschaft zum Risiko und damit die Kraft zur Entscheidung verlorengegangen sind.

Eigeninitiative ist Ausdruck von verantworteter Individualität in Freiheit.

Sie ist anstrengend, fordernd, eben eine politische und persönliche Zumutung. Da Zumutungen in unserer Gesellschaft leider derzeit nicht sehr geschätzt werden, leben viele Menschen in der freiesten Gesellschaft, die Deutschland jemals zu bieten hatte, ohne Eigeninitiative: „Stell dir vor, es ist Freiheit und keiner nimmt sie wahr.“ Der Staat muss hier neue Anreizsysteme schaffen, die Freiheit in Initiative zu veredeln.

Diejenigen, die eine Utopie unserer Gesellschaft anstreben, weil sie die gegenwärtige überwinden und verändern wollen, bezeichnen unsere Gesellschaft als unfrei. Aber sie tun es deswegen, weil sie Freiheit mit Anarchie verwechseln und ein gesellschaftliches Ordnungssystem als eine Gefährdung von Freiheit und nicht als ihre Grundbedingung ansehen. Die Freiheit des Einzelnen setzt jedoch einen staatlichen Rahmen voraus, der den Bestand und die wechselseitige Begrenzung der Freiheitsrechte garantiert.

Das Gefühl von „die da oben“ und „wir da unten“ kann nur dann entstehen, wenn man nicht anerkennt, dass die Freiheit gepflegt werden muss. Die Forderung nach dem mündigen Bürger reduziert sich zuweilen auf den Schutz vor staatlichem Zugriff und das Recht auf staatliche Leistung, nicht aber auf stärkere Eigeninitiative in allen Bereichen.

Politikverdruss ist das Ergebnis eines schleichenden Verlustes von Bürgerbewusstsein und eines überbordenden und omnipotenten Sozialstaates, der nur so lange existentielle Fragen unserer Nation verdecken konnte, wie Deutschland geteilt war und der Verteilmechanismus wegen vorhandener Ressourcen funktioniert hat.

Jetzt wird es jedoch Zeit, dass der „citoyen“, der Bürger, sich gegen die jahrzehntelang geübte sozialstaatliche Götzenverehrung wehrt und wieder den Platz einnimmt, den die Verfassung für ihn vorgesehen hat: den des Souveräns! Dies zu befördern ist die herausragende Aufgabe der deutschen Politik in den nächsten Jahren, will sie die Herausforderung an unsere großartige Republik erfolgreich bestehen.

Die Politik muss die Wirklichkeit annehmen, unabhängig von den Fragen der politischen Korrektheit, aber mit Augenmaß.

Tun wir das nicht, könnte eine Entwicklung eintreten, die Joachim Fest am Ende seines Buches „Die schwierige Freiheit“ wie folgt beschrieben hat:

„Irgendwann kann für das liberale Gemeinwesen auch der Tag kommen, wo die Vorzüge des gesicherten Daseins, der Konsumfreiheit und Gewinnchancen gering zählen und das Verlangen nach dem Absoluten, nach Spiritualität, Abenteuer und Größe wieder erwacht ...“

Ich sage: Wir müssen in dieser Hinsicht stets wachsam sein, und wir tun dies am besten dadurch, dass wir uns unserer Grundwerte immer wieder vergewissern und an der Wirklichkeit einschließlich unserer geschichtlichen Erfahrungen überprüfen.

5. Deutschland und Europa

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auf die künftige Aufgabe Deutschlands im Rahmen des vereinten Europas eingehen.

Nach den vielen kriegerischen Auseinandersetzungen auf unserem Kontinent haben wir die Chance, die Einigkeit dauerhaft zu erhalten und aufgrund der reichen Kulturvielfalt in Europa gegenseitig voneinander zu profitieren. Europa ist ein Kontinent der Vaterländer, und unser Vaterland ist ein Teil der europäischen Kulturgemeinschaft.

Seit der Diskussion um die römischen Verträge bzw. die Gründung einer

europäischen Staatengemeinschaft ist das auf Charles de Gaulle zurückgehende Wort vom „Europa der Vaterländer“ ein stehender Begriff in der Integrationsdiskussion. Es wird heute wie damals in Abgrenzung zu Integrationsvorstellungen gebraucht, welche die Auflösung der Nationen innerhalb eines europäischen Staatenbundes im Blick haben.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen seit dem Abschluss der römischen Verträge ist eines klar: – Ich zitiere Schäuble – „Wie auch immer die staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Orientierungen der Europapolitik verlaufen werden, die identitätsstiftenden Bezüge der Nation für die Menschen, gleich an welchem Ort sie auf unserem Kontinent leben, werden dauernden Bestand haben. Der Nationalstaat bleibt im zusammenwachsenden Europa die vorherrschende politische Realität. Die Menschen identifizieren sich mit ihren Nationalstaaten. In der Nation erfahren sie, dass Staatsbürgersein mit Rechten und Pflichten verbunden ist, akzeptieren Gewaltmonopol und Mehrheitsprinzip. Europa kann diese Identität ergänzen, nicht jedoch ersetzen.“

Die Nation ist durch Sprache, Geschichte und Schicksal geprägt. Sie gibt uns als Bezugsrahmen Halt und Orientierung. Darüber hinaus wird die Ebene des Kontinents – mit anderen Worten: das vereinte Europa – zunehmend an Bedeutung gewinnen sowohl als „Brotgemeinschaft“, um es mit den Worten Jakob Kaisers zu sagen, aber auch als identitätsstiftende und sicherheitsvermittelnde übernationale Ebene, die keineswegs die regionale oder die nationale Identität verdrängen könnte. Alle drei Identitätsebenen ergänzen sich im Sinne eines komplementären Verhältnisses. So gesehen kann man mit Fug und Recht sagen, auch künftig werden wir mit beiden Beinen auf dem Boden der Heimat stehen, uns als Deutsche verstehen und gleichzeitig mit Vernunft weiter an Europa arbeiten.

Was die kulturelle Differenziertheit anbelangt, wird es keine Entwicklung geben, die mit der Einführung des Euro vergleichbar ist. Eine Einheitswährung entspricht den Interessen der europäischen Völker, eine Einheitskultur hingegen würde die Vielschichtigkeit Europas und damit das Wesen des Kontinents zerstören.

Zu Beginn der Integrationsentwicklung in den 50er Jahren stieß das Wort de Gaulles vom „Europa der Vaterländer“ in Deutschland auf gewisse Skepsis.

Das hat mit der Erfahrung des Dritten Reiches zu tun. Der Begriff der Nation musste für eine widerwärtige Rassenpolitik erhalten. Durch die faktische Zerstückelung und politische Teilung der deutschen Nation nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die nationale Frage zwar virulent, sie konnte aber vor dem Hintergrund der bipolaren Welt und der damit verbundenen militärischen Situation nicht gelöst werden. Daher war die Hinwendung Westdeutschlands nach Europa, wenn man so will, die *conditio sine qua non*, um den größeren Teil des übrig gebliebenen Deutschlands in eine Gemeinschaft zu führen, deren wirtschaftliche Kraft und deren politisches Gewicht im Interessengleichklang mit den Vereinigten Staaten möglicherweise dereinst dazu führt, auch die nationale Frage der Deutschen zu lösen.

So bot sich die Möglichkeit, und dies war gut so, Deutschland und das vereinte Europa zusammenzudenken.

Außerhalb des geteilten Deutschlands wurde der Nationalstaatsgedanke kaum zur Disposition gestellt.

In Turbulenzen kam Europa im Gefolge von zwei politischen Prozessen: Der eine von ihnen war langfristig bereits absehbar, der andere kam wie ein Naturereignis plötzlich über uns.

Absehbar war seit Beginn der 70er Jahre, dass die Zug um Zug geschaffenen europäischen Institutionen und Vernetzungen rechtlicher, politischer und wirtschaftlicher Art stärker in das jeweilige nationale Rechtsgefüge eindringen würden und die Politik damit zur Legitimation und Begründung dieses Eingriffs gezwungen war.

Auf der anderen Seite hat uns der plötzliche Zusammenbruch des Ostblocks von der Elbe bis nach Moskau und von Kiew bis nach Budapest in eine völlig neue und offene politische Situation gebracht.

Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums führte zur Bildung einer

Vielzahl neuer Nationalstaaten, die sich jetzt wieder ihrer kulturellen und nationalen Identität besinnen – und erfreuen. Jene Völker streben in die politische Gemeinschaft Europas, aber unter Wahrung ihrer nationalen Freiheit, der sie viele Jahrzehnte beraubt waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frage eines Entweder-Oder stellt sich meines Erachtens auch künftig nicht; es kann nur um ein Sowohl-als-auch gehen, eben um die europäischen Vaterländer.

Wir müssen Europa politisch und kulturell verstehen. Bei dieser uns weiterhin gestellten Aufgabe, gemeinsam unser Europa zu gestalten, sollten wir uns auch nicht zu viel auf einmal vornehmen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein Wort des französischen Philosophen Jean-Jacques Rousseau zitieren. Es stammt aus dem Jahre 1755 (Discours sur l'Economie Politique): „Es scheint, als ob sich das Gefühl für Menschlichkeit abschwächt oder verflüchtigt, wenn es sich über die ganze Erde erstreckt, und als ob uns Notlagen in Zentralasien nicht so stark berühren können wie die eines europäischen Volkes. Man muß Interesse und Mitleid irgendwie begrenzen und zusammenhalten, um sie wirksam werden zu lassen.“

Was Rousseau damit sagen wollte, ist nicht etwa, dass uns das Schicksal außerhalb des Kontinents gleichgültig sein sollte oder könne. Im Gegenteil.

Es ist aber eine Frage der Politikfähigkeit, das, was er mit dem Begriff Mitleid im Sinne eines solidarischen Mitempfindens bezeichnet, auf einen politischen Gestaltungsraum zu konzentrieren, ohne ihn absolut darauf zu begrenzen.

Dieser Solidaritätsraum ist zunächst die jeweilige Kulturgemeinschaft, die durch Sprache und gemeinsam erlebte Geschichte konstituiert ist: die Nation. Darüber hinaus ist es eben der gemeinsame kontinentale Kulturraum, der uns eine identitätsstiftende und damit letztlich politische Bezugsgröße gibt. Die europäische Unions-Gemeinschaft ist damit keineswegs ein „Supernationalstaat“, der, wie die europäischen Nationen etwa im 19. Jahrhundert unter sich, in eine zerstörerische Konkurrenz mit anderen Weltregionen tritt. Das vereinte Europa ist vielmehr ein komprimierter Raum der Demokratie und Menschenrechte, der Freiheit und des Wohlstandes und der sozialen Gerechtigkeit, der zur Entwicklung anderer Weltregionen seinen Teil beitragen kann.

Meine Damen und Herren, es lohnt sich, anhand des vorhin erwähnten Zitats von Rousseau einen Moment über die Dialektik von Nächstenliebe und Fernstenliebe nachzudenken.

Es ist in der Tat so, dass uns unsere Zeit die Probleme und Herausforderungen entfernterer Erdteile durch Globalisierung und Perfektionierung der Medien immer näher bringt. Unsere Betroffenheit für Ereignisse jenseits der Grenzen unseres Kontinents ist dadurch wacher als je zuvor. Dennoch dürfen wir uns als Deutsche und Europäer nicht der trügerischen Hoffnung hingeben, dass wir auf alles und jedes in der Welt nachhaltigen Einfluss ausüben können.

Es scheint mir, als wenn jene gutmeinenden Menschen in unserem Lande, die die Probleme draußen in der Welt kritisch reflektieren und hier bei uns thematisieren und demonstrieren, zuweilen geneigt sind, die Fernstenliebe der Nächstenliebe vorzuziehen.

Es ist zuweilen leicht, den moralischen Zeigefinger zu erheben und die Ungerechtigkeit der Welt zu beklagen; es ist oftmals schwerer, sein Engagement verbal zu reduzieren und hier bei uns, vor Ort, praktisches Engagement zu zeigen und sich damit für das Gemeinwohl einzusetzen.

Dem eigenen Volke wohlzuvollen ist eine Herausforderung der Tat. Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal zum französischen Revolutionsphilosophen Rousseau zurückkehren, der sagte: „Es steht fest, daß große Wunderwerke der Tugend aus der Vaterlandsiebe hervorgegangen sind. Dieses sanfte und zugleich lebhaftige Gefühl, das die Kraft der Selbstliebe mit der ganzen Schönheit der Tugend verbindet, verleiht ihr Wirksamkeit, ohne die Tugend zu entstellen ...“

Rousseau verweist uns hier auf einen Patriotismus, der zwar auf das Vaterland bezogen ist, allerdings nicht als absolute Größe, sondern als eine wesent-

liche Schicht unseres kollektiven Bewusstseins und damit unserer Solidaritätsverpflichtung.

Die Nation grenzt nicht aus, sondern bildet die Grundlage für Solidarität – auch über sie hinaus.

Wie gesagt: Die anderen europäischen Staaten haben die Zurückweisung des Gedankens der Nation ohnehin nicht mitgemacht.

Man darf in diesem Zusammenhang eines nicht vergessen: Es war das Bündnis freier Nationen, das die nationalsozialistische Zielsetzung eines germanischen Europas verhindert hat. Aber es war auch die Idee eines Bündnisses freier Nationen, die Winston Churchill in seiner Züricher Rede 1948 beschworen hatte.

Der Nationalstaat ist nicht durch die Geschichte, auch nicht durch jene des 20. Jahrhunderts, entbehrlich geworden. Es wird niemand auf die Idee kommen, die Autarkieorientierung der europäischen Staaten des 19. Jahrhunderts in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht wiederherstellen zu wollen.

Wichtig ist, dass wir auch künftig den Gedanken der Nation nicht gleichsetzen

- mit einer in sich abgeschlossenen Ökonomie und auch nicht gleichsetzen
- mit einem hermetisch abgeschlossenen politischen Entscheidungsraum.

In Deutschland verband sich der Gedanke der Nation seit den Befreiungskriegen, dem Hambacher Fest von 1832 und schließlich in der Revolution von 1848/49 mit zwei weiteren wesentlichen politischen Feldern: der Sozialen Frage und der Verfassungsfrage.

Die Forderung nach Einheit in Deutschland stand niemals für sich allein, gewissermaßen als Selbstzweck. Stets war sie gepaart mit dem Willen zur Lösung der Sozialen Frage sowie ökonomischer und staatspolitischer Herausforderungen.

In unserem kollektiven Gedächtnis wurzelt die Nation ebenso tief wie die Idee eines vereinten Europas. Der Bogen der Protagonisten Europas spannt sich von der Schrift „Über die Wiedergewinnung des Heiligen Landes“ von Pierre du Bois über die „Klage des Friedens“ (1517) von Erasmus von Rotterdam, Kants Traktat zum „Ewigen Frieden“ (1795) und die Rede Arnold Ruges in der Frankfurter Paulskirche (1848) bis hin zu den Verträgen über die Europäische Union in unserer Zeit.

Die Frage, die uns künftig noch stärker bewegen wird, heißt: Wie können sich die Nationen in ein vereintes Europa integrieren – in einen gemeinsamen Wirtschafts-, Sozial-, Sicherheits-, Kultur- und Rechtsraum?

Es sind im Wesentlichen drei politische Aspekte, von denen ich denke, dass wir sie in Zukunft stärker in den Blick nehmen müssen.

Das ist einmal die Frage, wie wir den hier und da verbreiteten Ängsten vor einer Abgabe nationaler Souveränitätsrechte auf die europäische Ebene begegnen. Daraus folgt zum Zweiten die Frage nach einer stärkeren Legitimation für die europäische Ebene und zum Dritten das nach meiner Ansicht unbedingte Erfordernis einer dauerhaften Bindung Europas mit Nordamerika, die Aufrechterhaltung der Atlantischen Brücke.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als nach dem Zweiten Weltkrieg die europäische Entwicklung einsetzte, war sie – aus den Erfahrungen des Krieges geboren – mehr Vision als Wirklichkeit. Heute ist es umgekehrt:

Wir haben uns europäische Institutionen und eine europäische Bürokratie geschaffen, unter der so manche Vision begraben liegt.

Auf die Denkweise kommt es an. Es ist nicht klug, die europäische Integration als einen Verlust an Souveränität der Mitgliedsstaaten zu definieren.

Diese negativistische und zuweilen gegen Europa instrumentalisierte Denkweise verstellt den richtigen Blick dafür, dass eine Abgabe von Teilsouveränitäten der Staaten an die europäische Ebene die Souveränität der Völker erhöht. Denn: Die Bevölkerungen haben mit den europäischen Institutionen die Möglichkeit, von ihrem Souveränitätsrecht Gebrauch zu machen. Der Souveränitätsverlust der Staaten wird durch den Souveränitätsgewinn der Völker aufgewogen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der ökonomisch motivierte Weg in die Integration kann auf Dauer nur stabilisiert werden, wenn es gelingt, die Legitimation der Europäischen Union stärker politisch zu untermauern. Dies wird besonders deutlich, wenn man die ursprünglichen Ideen und Begründungen für die Schaffung eines vereinten Europas heranzieht. Damit wird deutlich, daß die Einführung des Euro zwar die europäische Integration vorantreibt, keinesfalls jedoch Herausarbeitung einer politischen und wertorientierten Identität ersetzen kann.

Die ursprüngliche Idee stützte sich auf die Erhaltung des Friedens nach außen und innerhalb des Kontinents. Genau aus diesem Grund setzte in den 50er Jahren die Integrationsbemühung vor dem Hintergrund der militärischen Lage im Kalten Krieg auf dem Gebiet der Verteidigung an.

Sicherheit, Frieden und Freiheit – dies war damals vielleicht noch schärfer zu sehen als heute – standen, als äußere Faktoren und Prämissen der gesicherten Wohlstandsentwicklung, an erster Stelle.

Zum Beginn der 50er Jahre war man sogar so weit gewesen, einen eigenen Verteidigungspakt, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, als supranationale Armee Europas zu schaffen. Doch damals war es der Mehrheit der französischen Nationalversammlung nach zwei Weltkriegen mit Deutschland als Gegner zu weit gegangen, dass u. a. Franzosen und Deutsche in gleichen Uniformen und Kommandostrukturen fortan nur noch supranational dienen sollten. Das Projekt scheiterte, und an dessen Stelle ist durch die NATO-Strukturen ein anderer supranationaler Rahmen weiterentwickelt worden.

Die NATO hat – vergleichbar mit Europa – einen Teil der nationalen Souveränitätsrechte beansprucht, was keiner der Nationen zum Nachteil gereicht. Die Tatsache, dass die ehemaligen Staaten des Ostblockes, allen voran Ungarn, Tschechien und Polen, NATO-Mitglieder werden wollen, zeigt, über welche Integrationskraft das gemeinsame Bündnis verfügt und auf wie wenig Probleme die Abgabe von Teilsouveränitäten vor dem Hintergrund der gemeinsamen Sicherheit stößt.

Der europäische Pfeiler der gemeinsamen Sicherheit kann nur tragfähig bleiben, wenn die Brücke nach Amerika intakt bleibt. Die europäische Entwicklung und das sich möglicherweise noch stärker festigende gemeinsame europäische Bewusstsein der Kultur und Geschichte darf nicht dazu führen, dass die Verbindung mit den Vereinigten Staaten gelockert wird.

Doch gerade weil mir das so wichtig ist, möchte ich zum Abschluss etwas Nachdenkliches hinzufügen: Ausgerechnet der neue Außenminister Fischer hat vor wenigen Tagen darauf hingewiesen, dass es in diesem Jahrhundert dreimal des Einsatzes der Vereinigten Staaten bedurfte, um den Frieden auf unserem Kontinent wiederherzustellen – in den Jahren 1917 und 18, 1944 und 45 und schließlich in den 90er Jahren auf dem Balkan.

Ich hatte vorhin daran erinnert, dass das Projekt eines eigenen europäischen Verteidigungsbündnisses 1954 gescheitert ist. Die NATO hat die sicherheitspolitische Klammerfunktion für Europa übernommen, deren Staaten selbst nur in der Lage waren, mit der Westeuropäischen Union ein europäisches Feigenblatt zu schaffen.

Obwohl ich sicher nicht im Verdacht stehe, ein Parteigänger von Joschka Fischer zu sein, zeigt dessen Bemerkung doch, dass wir Europäer es eben immer noch nicht geschafft haben – selbstverständlich im Bündnis und in Abstimmung mit den Vereinigten Staaten –, eine einheitliche außen- und sicherheitspolitische Sprache zu sprechen.

Diese zu finden und damit in der Lage zu sein, als Europäer im eigenen Haus für Frieden und Menschenrechte als eigenständige Ordnungsmacht aufzutreten, ist eine Herausforderung, welche die Europäer endlich konkret annehmen sollten.

Und wir Deutschen haben hier eine partnerschaftliche Führungsrolle aufzunehmen. Wir können uns nicht kleiner machen, als wir sind, und müssen uns zu unserer europäischen Verantwortung bekennen. Wir können das als wiedervereinigte Nation in Kenntnis unserer gemeinsamen Interessen auch tun. ■